KOMMENTAR 26.05.2014 | Mathias Brüggmann

Der krude Krim-Kapitalismus des Kreml

Europäische Ostpolitik ohne Russland ist nicht möglich. Doch Putin manövriert sich ökonomisch in schweres Fahrwasser, auch in der Ukraine-Krise.

Dass er die Realität etwas verzerrt wahrnehme, hat Bundeskanzlerin Angela Merkel dem Kremlherrn Wladimir Putin in einem Telefonat mit US-Präsident Barack Obama attestiert. Und zumindest in Wirtschaftsfragen dürfte der russische Staatschef unter einer gestörten Realitätswahrnehmung leiden. Oder sollte es Autosuggestion sein, als Putin seinen Premier Dmitrij Medwedjew auf der Kabinettssitzung jüngst mit den Worten lobte: „Während wir in vielen europäischen Ländern Stagnation oder sogar ein Minus sehen, hat die russische Regierung es geschafft, positive Dynamik und Wirtschaftswachstum zu entfalten."

Angesichts der schlechten Prognosen – die Osteuropaförderbank EBRD gab gerade eine Nullwachstums-Prognose für 2014 heraus und für den Fall einer Eskalation der Ukraine-Krise das Abrutschen in die Rezession, das die Weltbank für diesen Fall bereits auf -1,8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts beziffert und der Banken-Think Tank Institute of International Finance (IIF) sogar mit minus vier Prozent – eine Illusion des Kremlchefs?

Von wegen die Krim war "for free"

Putin betet die Lage schön, weil er seinen Landsleuten damit begründen will, was der russische Oppositionelle Wladimir Ryschkow so formuliert: „Meine Landsleute denken, die Krim gab es für uns 'for free'." Aber das ist mitnichten so: Die auch im Westen bisher als eher symbolisch diskreditierten Sanktionen – vor allem der USA – werfen ihre Schatten bereits weit voraus. Schon im ersten Quartal wurde im Riesenreich eine Kapitalflucht von etwa 70 Milliarden Dollar registriert – mehr als im

gesamten Vorjahr. Und bis Jahresende rechnet die Weltbank mit 85 Milliarden Dollar, die aus Russland abgezogen werden. Wenn die Lage in der Ukraine eskaliere und der Westen seine Sanktionen ausweite, könnten sogar 150 Milliarden Dollar abfließen. Geld, das für die dringend benötigten Investitionen gebraucht würde.

Wenn Washington Russland vom Dollar-Clearing ausschließt, ist ein Großteil der Finanztransaktionen und Ölverkäufe trotz aller Sprüche perdu.

Auch andere Zahlen weisen so eindeutig in eine Richtung, dass rational denkende Ökonomen wie Vize-Wirtschaftsminister Andrej Klepatsch nach dem „Start von Anti-Krisen-Mechanismen" rufen: Einige US-Banken haben ihr Russland-Kreditgeschäft bereits eingestellt, der Hedgefonds Blackrock seine russischen Anleihen abgestoßen, die Summe syndizierter Bankkredite ist in den ersten vier Monaten um 70 Prozent auf sechs Milliarden Dollar gefallen. Selbst westliche Top-Unternehmen wie Total müssen Schwierigkeiten bei der Finanzierung ihres anlaufenden Russland-Milliardengeschäfts im lukrativen Flüssiggassektor einräumen, ebenso rentable Rohstofffirmen wie Uralkali, Gazprom und Rosneft. Und wenn westliche Bankhäuser noch Geld an russische Firmen ausleihen, dann fast nur noch mit der Vertragsklausel, im Falle von Sanktionen sofort fällig stellen zu können.

Die russische Rhetorik, die westlichen Drohungen seien nur heiße Luft, erinnern fatal an Iran: Auch der gab sich lange wortgewaltig, die Sanktionen könnten Teheran nichts anhaben, bis die US-Finanzmarktsanktionen dann doch schnell Einsicht und Verhandlungsbereitschaft brachten. Wenn Washington Russland vom Dollar-Clearing ausschließt, ist ein Großteil der Finanztransaktionen und Ölverkäufe trotz aller Sprüche perdu.

Es geht doch gar nicht mehr darum, ob Russland leiden wird, sondern nur noch darum, wie hart und welche Sektoren am härtesten getroffen

Dabei steckt Putin schon jetzt makroökonomisch in der Falle: Um Kapitalflucht und den weiteren Rubel-Absturz zu stoppen, erhöhte Putins Zentralbankchefin Elwira Nabiullina den Leitzins auf 7,5 Prozent. Dadurch dürften sich die schon jetzt düsteren Wirtschaftswachstums-Prognosen weiter verdunkeln. Nabiullinas Schritt wird in Moskau

werden.

als Antwort auf die Abwertung der Bonität für Russlands Anleihen durch die Ratingagentur Standard & Poor (S&P) auf BBB – Ausblick: negativ – gewertet. „Beides, die Herabstufung und die Leitzinserhöhung, ist sehr schlecht für die russische Wirtschaft“, meint Oleg Kusmin von der Moskauer Investmentbank „Renaissance Capital“.

Keine Wachstumsperspektive

Da nach Meinung von S&P das Land nur im Falle schnell beginnender, grundlegender Strukturreformen wieder auf Kurs gebracht werden könnte, was aber bis 2017 unrealistisch sei, kommentiert das angesehene Moskauer Wirtschaftsblatt „Wedomosti“ kühl: „Russland hat in den nächsten vier Jahren keine Wachstumsperspektive“. Schlimmer noch, bilanziert die Zeitung: Die Ukraine-Krise habe Russland „um zehn Jahre zurückgeworfen“, zumindest was das seither nie wieder so schlechte Rating – nur noch eine Stufe über Ramschniveau – angehe. Russlands Wirtschaft werde „nicht lange unter diesen Bedingungen existieren können“, prophezeit Kusmin.

„Es geht doch gar nicht mehr darum, ob Russland leiden wird, sondern nur noch darum, wie hart und welche Sektoren am härtesten getroffen werden“, ist Laza Kakic von der Economist Intelligence Unit überzeugt. Und während Putin von seinen wirtschaftlichen Erfolgen tönt, gibt Kakic zu bedenken, dass Russland zwar mit rund 480 Milliarden Dollar Gold- und Devisenreserven über viel Munition in einem Wirtschaftskrieg verfüge. Aber die Vergangenheit habe gezeigt, dass Moskau dies schnell und ohne großen Effekt abfeuern könne, es sei eben keine „Garantie für Stabilität der russischen Volkswirtschaft“.

Und wer auf die im EU-Vergleich sehr geringe staatliche Auslandsverschuldung Russlands abhebt, wird angesichts von 724 Milliarden Dollar russischer Verbindlichkeiten im Ausland vielleicht nachdenklich – der Großteil davon entfällt auf die Finanz- und Unternehmens-Sektoren, die angesichts niedrigeren Wachstums, sinkender Gewinne, steigender fauler Kredite (sogenannte Non-Performing-Loans) und aufziehender Kreditklemme momentan kaum Hoffnung auf Besserung haben.

Vize-Wirtschaftsminister Klepatsch räumt inzwischen unumwunden ein,

dass Russlands Rezession lange andauern könnte. Er spricht sogar den schlimmen Begriff der „Stagflazija“ – Stagflation – aus, der ökonomisch alle Waffen fordernden Kombination aus Wachstumsstillstand und galoppierender Inflation.

Wirtschaftlicher Niedergang werde zur Norm, prophezeit das renommierte Gaidar-Institut und nennt Fakten: Die Summe der Löhne habe in Russland bereits wieder 50 Prozent des BIP erreicht – wie im direkten Vorfeld der wirtschaftlich schlimmsten Jahre für das Riesenreich, 1998 und 2008.

Kostenfaktor Krim

Die Ukraine/Krim-Krise heizt Russlands Probleme weiter an: Erste, für die infrastrukturelle Entwicklung von stark ausbaufähigen Rohstoff-Regionen nötige Projekte in Sibirien – wie ein Hafen oder eine Brücke über den Lena-Strom – werden bereits gestrichen, um diese Mittel für Infrastrukturvorhaben auf der frisch annektierten ukrainischen Halbinsel Krim zu verbauen. Dafür sind nach Überzeugung des zuständigen russischen Krim-Ministers Oleg Saweljew zwischen zwölf und 18 Milliarden Euro nötig.

Die neo-imperiale Politik der russischen Regierung führt dabei zu noch mehr Staatsdirigismus für die ohnehin schon überbevormundete russische Wirtschaft. Da russische Firmen bisher auf der Krim zurückhaltend sind ob der Ahnung, dass gegen neu auf der Krim engagierte Unternehmen westliche Sanktionen verhängt werden dürften, greift der Kreml ein: Russische Fluggesellschaften sollen künftig nur noch die Lizenz zu Auslandsflügen bekommen, wenn sie auch die Halbinsel ansteuern. In anderen Sektoren werden ähnliche staatliche Eingriffe erwartet.

Dabei ist der aktuelle Konflikt mit dem Nachbarland und des Kremls kruder Krim-Kapitalismus gar nicht allein ausschlaggebend für Russlands aktuelle Wirtschaftsmisere; sie begann vorher und wurde durch die Ukraine-Krise nur verschärft: „Im Fach Wirtschaft hat Putin eine Fünf verdient“, meint der bisher nicht durch allzu scharfe Kreml-Kritik aufgefallene Ökonom Sergej Aleksaschenko. In den ersten zwei Jahren seiner dritten Amtszeit sei der Rubelkurs um ein Viertel abgestürzt, der Kurs des Börsenleitindex RTS um ein Fünftel – im Gegensatz zu Dow Jones und Dax. Seit seiner damaligen Erklärung, im Oktober 2011 wieder als Präsident anzutreten, seien über 200 Milliarden Dollar aus Russland abgezogen worden. Eine klare Abstimmung mit den Füßen und per Banküberweisung.

Das Schlimme sei, so Aleksaschenko, dass Putin über alles im Bilde sei: „Als Kandidat hat er das eine versprochen, als Präsident das Gegenteil gemacht." So ist tatsächlich in Putins vom Titel her fast schon an Lenin-Dekrete erinnernden Aufsatz „Über unsere ökonomischen Aufgaben" von Januar 2012 ein Anprangern der Moskauer Misere zu lesen: von der Notwendigkeit einer entschlossenen Bekämpfung der Abhängigkeit Russlands von der Welt-Rohstoffkonjunktur (Russlands Haushalt ist aber weiter zu weit über 50 Prozent von Exporteinnahmen aus Öl, Gas, Kohle, Holz und Metallen abhängig), über die Verbesserung des unbefriedigenden Investitionsklimas bis hin zu einer dringenden Justizreform und der Bekämpfung der „systemischen Korruption", die Putin seit Kurzem nur noch in der Ukraine anprangert.

Putins enge Freunde in der Wirtschaft hätten aber kein Interesse an Konkurrenz, De-Monopolisierung und Transparenz, erklärt Ryschkow das Auseinanderfallen von Verkündigungen und Realität. Aleksaschenko sieht zudem die anhaltende „schleichende Nationalisierung" der russischen Wirtschaft.

Selbst die Iraner haben während der Sanktionen darauf geachtet, dass in den Bussen aus China Motoren von MAN und Getriebe von ZF steckten.

Derweil versucht sich Putin im Reich der Mitte, wie der Staatsbesuch vor kurzem deutlich bewies: China soll immer mehr Gas und Öl aus Sibirien kaufen, soll die Kredite für russische Firmen geben, die westliche Banken verweigern, soll die Investitionen zwischen Kaliningrad und Kamtschatka tätigen, die bisher Exxon, Volkswagen, Siemens oder Renault realisierten. Das trifft in China, das seine gewaltigen Dollar-Reserven in Realwirtschafts-Anlagen betonieren, schrauben und montieren will, zwar auf Interesse. Putin vergisst dabei aber, dass China bisher ebenso stark auf westliche Investments angewiesen ist. Italienische Joghurt-Abfüllanlagen oder deutsche Autoroboter sind immer noch Weltmarkt-Standard. Selbst die Iraner haben während der Sanktionen darauf geachtet, dass in den Bussen aus China Motoren von MAN und Getriebe von ZF steckten.

Mehr Handel und Verflechtung zwischen China und Russland ist ein natürlicher Prozess zwischen Nachbarn. Dies geopolitisch aufzuladen und als besser für die russische industrielle Entwicklung zu verkaufen ist jedoch ebenso falsch wie Putins Einschätzung der aktuellen Wirtschaftslage seines Landes.



Mathias Brüggmann

Mathias Brüggmann ist Auslandschef der Tageszeitung Handelsblatt. Der Hamburger, Jahrgang 1965, hat in der Hansestadt, in Leningrad/St.Petersburg und Simferopol/Krim/Ukraine Slawistik, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte studiert. Nach dem Volontariat an der Axel-Springer-Journalistenschule ging es 1993 als Moskau-Korrespondent für Springer ins Ausland. Es folgte der Aufbau eines Büros in Brüssel für den Springer-Auslandsdienst. 1999 wechselte er zum Handelsblatt und zurück an die Moskwa für sieben Jahre. Danach war er Korrespondent in Warschau und International Correspondent mit Schwerpunkt Russland, Osteuropa und Mittlerer Osten.

10 LESERBRIEFE

Ohman schrieb am 04.06.2014

das kling ja jetzt sehr düster.
Dazu kann man eine Gegengeschichte erzählen und es wird sich Supergeil lesen.
Die 85 Milliarden die Sie angesprochen haben gehen aus RUS weil die Amis dort nicht mehr "handeln dürfen".
Diese Zahl ist genau die Zahl des Umsatzes den RUS un US im Jahr tun.
Dagegen kommen 480 aus China.

400 aus €uropa.
Und €uropa hat zwar gute Technologien, aber am Beispiel Griechenland haben wir ja gesehen wohin die besser verkauft werden sollen, nähmlich dahin wo die auch gebraucht und gezahlt werden können - RUS, CHina - sonst haben wir hier bald wieder eine riesen Kriese.
Sie können ja Parallelen ziehen mit Iran, aber das bleibt Russland eh "parallel".
Den RUS ist nicht Iran.
Und Rus könnte sich in St.Petersburg vom Dollar trennen ist zwar für eine kurze Zeit nicht gut für den Rubel.
Aber danach wird sich die Geschichte der Wirtschaft für eine längere Zeit um 180° wenden.

FKassekert schrieb am 06.06.2014

Hr. Brueggemann leidet auch an Schwund des Gedaechtnisses! Als jehrelangem Korrespondenten in Moskau muesste er ja wissen wieviel Milliarden jaehrlich aus Moskau seit1995 abgeflossen sind! Und trotzdem gings in Russland aufwaerts! Aber es passt eben ins Konzept und sei es auch nur, reden wir es uns schoen und

ruecken es uns zurecht!
Er muss nur mal wieder den Oligarchen sagen, zurueck ins Reich Russland ... und alleine in England bricht die Premierenliga zusammen! Die kommen nicht zurueck? Die eilen aber ganz schnell!
Interessant dabei ist aber auch zu sehen, dass wir Deutschen seit Ekaterina der Grossen immer wieder mit den Russen zusammen so tief drin haengen! System, Berechnung, Strategie? Letzteres fehlt ja der Merkel absolut! Also doch System ...

JB schrieb am 07.06.2014

Schauen wir uns das einmal an mit den "Bedingungen" der westlichen Allianz:

Zusammenarbeit mit dem neuen ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko
- Ja, in Ergänzung zu Kievs Gesprächen mit Vertretern der ostukrainischen Bevölkerung!

Stopp des Zustroms von Separatisten und Waffen in die Ostukraine.
- Ja. und einstellung von Bomber- und Panzereinsatz!

Garantien für die Gasversorgung.
- Ja, mit Bezahlung der Schulden Kievs!

Vollständiger Abzug der Truppen von der ukrainischen Grenze.
- Ja, mit Einstellung aller Kriegshandlungen geen die Bevölkerung!

Unsere amerikanischen "Freunde" sollte es endlich lernen, daß 'Verhandeln' nicht 'Befehlen' bedeutet, sonderrn die Bereitschaft zweier Verhandlungspartner, Rechte des jeweilig anderen anzuerkennen und Kompromisse mt beidseitigen Zugeständnissen zu erreichen.

Die Bevölkerung der Krym hatte das Recht, über die Auslieferung an die Ukraine anno 1954 durch den UKRAINER Chruschtschev selbst eine Entscheidung zu treffen - denn sie waren 1954 nicht befragt worden. Die Besitzrechte der Ukraine sind daher Landraub im gleichen Sinne wie Siedlungen in der West Bank von Palästina. Vom Referendum einer Bevölkerung, deren Land ohne Befragung ausgeliefert wurde, als "illegitm" zu sprechen, ist Verweigerung eines Menschenrechts.

Aber wir wissen ja, wie sehr sich US Regierungen immer für die Rechte beraubter Völker einsetzen - dagegen! Siehe die nordamerkanischen Ureinwohner, siehe das nördliche Mexico, siehe das Königreich Hawaii, siehe die palästinensische West Bank.

Es wird hohe, höchste Zeit, daß sich Politiker in der EU dem Willen ihrer Völker unterwerfen und ihre Entscheidungen danach richten. Wir hatten einenguten Anfang gemacht mit Iraq und Libyen. Das sollte immer so sein! Die EU muß sich emanzipieren, aus dem Kolonialstatus unter US-Herrschaft herauskommen – wenn nötig, herausbrechen.

Wenn da an de Küste der Normandie Befreiungsfeiern veranstatet werden, ist das westliche Selbstüberschätzung, denn die dort gefeierte Entscheidung war schon zwei Jahre vor jenen Truppenlandungen in Kursk gefallen.

Das ist aber in unseren Breiten keine Feier wert, den es erwähnt nicht die USA als Befreier, und was im Osten Europas geschieht, ist in unserer befohlenen Auffassung nie befreiend – nicht im Widerstand des 2.Weltkriegs - und schon gar nicht in der russischen Arbeiterrevolution.

Wir sollten uns aber neu überlegen, was wirklich Befreiung ist.

Nicht eine Revolte gegen einen König, der die Rechte der Ureinwohner vor Vertreibung, Alkohol und Feuerwaffen schützt - was die wirklichen Gründe der Gründung der USA waren – noch eine Erklärung der „Befreiung“ von Sklaverei zur billig-ausgebeuteten Arbeitskraft (eine Erklärung, welche zudem die größte Militärmachtder Zeit aus dem Krieg um Baumwolle heraushielt).

All das ist nicht Befreiung, sondern Profitpolitik. Und dasselbe trifft auch auf die derzeitigen Bestrebungen des Wiederaufbaus des Kalten Krieges zu. Die so gut voranschreitende Nachbarschaft der Europäer, einschließlich Rußlands, war ein Dorn im Auge der US-Wirtschafts- und –Weltherrschaft.

Was immer derzeit in Kiev, und gegen Krym und Donetzk usw. vorgeht, dient nur der Verhinderung der Einheit Europas. Hier werden Konflikte heraufbeschworen, die völlig vermeidbar waren – und noch sind:
In Europa sind Grenzen der Abwesenheit wegen kein

Problem. Warum also darüber streiten? Cui bono?

Grab schrieb am 08.06.2014

Sicher wurde der voran gegangene Text von keinem Deutschen geschrieben, aber es trifft den Nagel auf den Kopf und er beinhaltet sehr viel Wahrheit! Die Zukunft liegt auch für Deutschland in Europa bzw. weiter östlich! Es ist schön zu lesen das sich auch in den Weiten des Internets langsam die Meinungen zu Gunsten unserer östlichen Partner ändern. Es ist mit Sicherheit eine nachhaltigere Zukunft!

Schwarzseher schrieb am 11.06.2014

"Angesichts der schlechten Prognosen – die Osteuropaförderbank EBRD "
Nur hat man hier nicht erwähnt, dass die Vertreter der EBRD in Russland, wegen Korruptionsverdacht sich vor Gericht verantworten müssen. Wie kann man solchen Leuten da noch glauben???
In diesem Artikel wird leider einige Informationen und somit die Berücksichtigung dessen Auswirkungen vermisst!

Russland stellt seine Auslandsgeschäfte auf Rubel um.
Russland führt eine eigene "Kreditkarte"(elektronische Zahlungsmittel) ein und unterbindet somit VISA und Mastercard auf den russischen Markt.(Mehrere Milliarden US$ Verlust für diese Unternehmen).
Das von Ihnen so wichtige Argument " Italienische Joghurt-Abfüllanlagen oder deutsche Autoroboter sind immer noch Weltmarkt-Standard." mag für Sie eine Aussagekraft haben, aber dass man diese Technologien kopieren und somit selber bauen kann, beweisen die Chinesen schon seit mehreren Jahrzehnten. Warum also nicht auch in Russland???
Deutsche Fachkräfte für Russland?? Kein Problem, wenn die deutschen Unternehmen keine Aufträge mehr haben, werden diese Spezialisten arbeitslos und lieber für ein gutes Gehalt in Russland arbeiten, als in Deutschland HartzIV empfangen.
Sie betrachten zwar alles in der Makrowirtschaft und vergessen dabei die Realitäten des Lebens.
Man sollte sich mal lieber darüber Gedanken machen, wie wir in Europa vorwärts kommen, als dass wir die freiheitlichen Rechte aus Übersee als Ideale hinstellen und dann allerdings auch ein paar Amokschützen als tägliche Morgenmeldung bekommen.

Eugen schrieb am 14.06.2014

Sehr geehrter Herr Ohman, ich drücke Ihnen meine Bewunderung und Dank aus. Denn es freut mich zu sehen das es noch Menschen gibt, die nicht Stumpsinnig das glauben was die Einpohlig eingestellten Politiker und Medien sreiben, sondern nach würklichen Fakten suchen. Die Beurteilung der Lage Ihrerseits ist Fachlich und Sachlich im gegenzug zu der die vom Herrn Bürgmann verfasst wurde.
Bloß möchte ich noch eine kleine wenigkeit hinzufügen. Die Amerikaner wollen die Ukraine aus dem selben Grund wie auch bei anderen Interventionen haben und dass ist die nähe zu Russland mit dem Ziel der Intervention und Recourcen. Denn wenn Sie es schon bemerkt haben, suchen die Amerikaner Ihre Ziele nach den Kriterien "Recourcen und politischer Einfluß" aus. Ob Sie glauben oder nicht diese Kriterien hat die Ukraine erfüllt. In der Ukraine gibt es Kohle, Eisenerz Gas und Erdöl. Besonderst im Südosten Ukraine sind diese Recourcen vorhanden. Deshalb werden dort auch Gefechte unter Tollerierung der EU und den USA gegen die Bevölkerung durgeführt.
Wenn die pro Amerikanische Politik siegen soll, so ist es

gerade für die Europäer kein Grund zum feiern, denn die Amerikaner werden nicht nur ihren Einfluß auf Europa und den Gesamtkontinent ausbreiten, sondern vor allem das Europäische kontinent durch die Fürdrung vom Slanz - Gas vergiften.

---

trailor85 schrieb am 22.06.2014

Mit einseitigen, angeblichen "Fakten" und weggelassener Fakten will uns Brüggmann seinen Hetzartikel verkaufen!

---

anonm schrieb am 22.06.2014

Irgendwie habe ich den Verdacht, einige der vorherigen Kommentatoren sind bezahlte Propaganda-Kräfte...

http://www.sueddeutsche.de/politik/propaganda-aus-russland-putins-trolle-1.1997470

---

mehmet schrieb am 05.07.2014

was für eine veröffentlichung ist das? sind wir

deutschland oder ein bundesland der usa? wahnsinn. das ist hetzerei

---

mehmet schrieb am 05.07.2014

---

bezahlte kommentaren? man kann von bezahlte deutsche presse reden. sie können sogar keine gegen kommentare tollerieren. seinen sie sicher. ein tag werden wir auch von usa gebissen werden. mit solche einseitige presse sind alles möglich

---